

Willi Gerns

Systemstabilisierende oder antimonopolistische Reformen

In seiner 1917 veröffentlichten Arbeit »Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution« nennt Lenin die beiden Hauptmethoden, die die Bourgeoisie seit eh und je zur Sicherung ihrer Klassenherrschaft angewandt hat: »Die erste ist die der Gewalt ... Aber es gibt noch eine andere Methode, eine Methode, die die durch eine Reihe großer Revolutionen und revolutionärer Massenbewegungen klug gewordene« ... Bourgeoisie zur höchsten Vollkommenheit gebracht hat. Es ist das die Methode des Betrugs, der Schmeichelei, der Phrase, der millionenfachen Versprechungen, der lumpigen Bettelgaben, der Zugeständnisse im Unwichtigen, der Erhaltung des Wichtigen.«¹ Die Politik des Großkapitals gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen ist stets eine Kombination von offener Gewalt, Versprechungen und Teilzugeständnissen. Welche dieser beiden Methoden dabei den Vorrang erhält, hängt immer von den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes ab.

Die Methode der Gewalt findet heute in unserem Lande ihren Ausdruck in der Perfektionierung und Erprobung der Notstandsgesetze und in der Vervollkommnung des staatlichen Machtapparats überhaupt. »Im System imperialistischer Machtausübung ist in der Bundesrepublik« jedoch »gegenwärtig das Bemühen in den Vordergrund getreten, die Arbeiterklasse durch Reformversprechungen und durch eine angebliche »Sozialpartnerschaft« an das staatsmonopolistische System zu binden.«²

Wurde vor wenigen Jahren noch die Losung »Keine Experimente« ganz groß geschrieben, so versuchen sich heute nicht nur die SPD und die FDP, sondern selbst die CDU als Reformpartei darzustellen. Wo liegen die Ursachen dieser plötzlichen »Reformfreudigkeit«?

1 Lenin, Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 48.

2 DKP kontra Großkapital – Für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus, Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP (Entwurf), S. 10.

Ursachen und Ziele staatsmonopolistischer Reformpolitik

Sehr aufschlussreich sind zur Beantwortung dieser Frage Bemerkungen des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Friedrich. »Seit wir nach dem Zusammenbruch und während des Wiederaufbaus in der Auseinandersetzung zwischen dem westlichen und dem östlichen Gesellschaftssystem stehen«, bemerkt Friedrich, »wussten wir alle Schichten der Gesellschaft auf unserer Seite. Neuerdings aber ist ein Wandel eingetreten.« Diesen Wandel sieht Friedrich in der wachsenden Anziehungskraft von Marxismus und Sozialismus. Dieser »bedrückenden Herausforderung« müsse sich das Monopolkapital stellen. Unter diesem Gesichtspunkt fordert er Offenheit für Reformen als Voraussetzung zur Erhaltung des bestehenden staatsmonopolistischen Systems. »Denn nur dann«, betont Friedrich, »besteht die Chance, dass das Bestehende nicht zerstört, sondern aufgrund neuen Gedankenguts ausgebaut werden kann.«³

Die Sorge um die Erhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung spricht aus der Springer-Zeitung »Die Welt«, die schreibt, dass »alles, was in der Bundesrepublik wirtschaftliche Macht und Reichtum verkörpert«, zu begrenzten Zugeständnissen im Innern bereit sein müsse, da sonst »in absehbarer Zeit vielleicht sehr viele weitergehendere abgerungen werden«.⁴

Ähnlich äußert sich der sozialdemokratische Verkehrsminister Leber, der erklärte: »Wer aber die Gefahr einer revolutionären Veränderung beseitigen will, der muss zu einer evolutionären Antwort bereit sein. Wenn das geschieht, wird damit revolutionären Absichten der Boden entzogen ... Geschieht das nicht, dann wird trotz Lebensstandards und sozialer Sicherheit der Ansatzpunkt und die Ausgangsbasis für den revolutionären Kommunismus erhalten.«⁵ Und Bundeskanzler Brandt erklärte auf dem Deutschen Handwerkstag am 29. Juni 1971 in Düsseldorf: »Ohne Reformen auf vielen Gebieten unseres Lebens werden wir auf die Dauer keine Stabilität haben. Dabei denke ich nicht nur an die Stabilität der Preise, so wichtig sie ist. Ich denke vielmehr auch an die Stabilität unseres Gesellschaftssystems.«⁶

Diese Äußerungen bestätigen vollauf die Einschätzung von L.I. Breschnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU: »In der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus fürchten die herrschenden Kreise der kapitalistischen Länder wie nie zuvor die Ausweitung des Klassenkampfes zur revolutionären Massenbewegung.

3 Gewerkschaftsspiegel, Berlin, Nr. 5/1971, Dok., S. 14.

4 Die Welt vom 18.10.1969.

5 Perspektiven. Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren. Hrsg. von H. Ehmke. Hamburg 1969. S. 124/125.

6 Bulletin der Bundesregierung vom 1.7.1971, Nr. 101, S. 1114.

Daraus erklärt sich das Bemühen der Bourgeoisie, getarnte Formen der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen anzuwenden, und ihre Bereitschaft, in einigen Fällen auf Teilreformen einzugehen, um die Massen möglichst unter ihrer ideologischen und politischen Kontrolle zu halten.«⁷

Die Ursachen für die »Reformpolitik« des Monopolkapitals und seiner politischen Vertretungen sind also vor allem die weitere Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt und in Europa zugunsten des Sozialismus und die wachsende Unruhe in der Arbeiterschaft und besonders bei Teilen der Jugend über die schreienden gesellschaftlichen Missstände des staatsmonopolistischen Systems. Eine Politik der inneren Anpassung an die neuen Bedingungen wird dabei um so notwendiger, als sich die Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus und das Anwachsen der Klassengegensätze in unserem Lande in engem Zusammenhang mit der rasch voran schreitenden wissenschaftlich-technischen Revolution vollziehen. Sie werden begleitet von einer Verschärfung des Konkurrenzkampfes der kapitalistischen Länder untereinander.

Die Vorstellungen der Parteien und Fraktionen der Monopolbourgeoisie zur Reformierung dieses oder jenes Bereichs des gesellschaftlichen Lebens unterscheiden sich nicht grundsätzlich voneinander. »In der wesentlichen Zielsetzung geht es allen darum, den staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die veränderten Anforderungen der Systemauseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus und des Klassenkampfes in der Bundesrepublik einzustellen, die Bedingungen für die Erzielung höherer Profite des Großkapitals zu verbessern, die Arbeiterklasse und ihre Organisationen den Interessen der Konzernherren unterzuordnen und sie für die Unterstützung des kapitalistischen Systems zu gewinnen.«⁸

Die Rolle der SPD-Führung in der Reformpolitik des staatsmonopolistischen Systems

Für die staatsmonopolistische Reform- und Integrationspolitik erweist sich gegenwärtig die SPD-Führung als besonders gut geeignet: »Erstens wegen ihrer sozialen Basis in der Arbeiterklasse und ihres Einflusses auf die Gewerkschaften. Dieser Einfluss ist nicht ohne negative Folgen geblieben. Der Druck der gewerkschaftlichen Kräfte, die links von der offiziellen SPD-Politik stehen, ist schwächer, integrationistische Strömungen in den Gewerkschaften sind dagegen stärker geworden ... Zweitens ist die SPD-Führung auch darum für diese Politik gut geeignet, weil sie früher als die CDU/CSU systemstabilisierende Reform- und

7 XXIV. Parteitag der KPdSU, Informationsbulletin, Prag 1971, Sonderausgabe, S. 26.

8 DKP kontra Großkapital ..., S. 11.

Integrationskonzeptionen entwickelt und die aus der Veränderung der objektiven Entwicklungsbedingungen entspringenden Anforderungen an das staatsmonopolistische System bis jetzt in ihrer Politik am weitestgehenden berücksichtigt hat.«⁹

So begann die SPD-Führung schon Mitte der 1950er Jahre Ansätze einer neuen integrationistischen Reformstrategie zu entwickeln. Früher als die CDU/CSU stellte sie sich auf das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt und auf die neuen Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution ein. So warfen schon 1955 die SPD-Führer auf dem SPD-Parteitag in München der CDU/CSU vor, die Zeichen der Zeit nicht verstanden zu haben und die Entwicklung des Bildungswesens, der Forschung, der Infrastruktur, der Automation und Atomenergie zu vernachlässigen. Die CDU/CSU wurde kritisiert, weil sie dem Ausbau staatlicher Regulierungsmaßnahmen nicht genügend Aufmerksamkeit schenke. Führende SPD-Politiker zeigten sich auf diesem Parteitag besorgt, dass die Bundesrepublik durch die kurzsichtige Politik der CDU/CSU in eine schwierige Position in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus und im Konkurrenzkampf mit anderen kapitalistischen Ländern geraten könnte.

Wenn festgestellt wird, dass die SPD-Führung gegenwärtig für die staatsmonopolistische Reform- und Integrationspolitik besonders gut geeignet ist, so heißt das allerdings nicht, dass diese Politik verschwinden würde, wenn es zu einer neuen CDU/CSU-Regierung und zu einer neuen Großen Koalition käme. Eine solche Politik ist im Interesse des staatsmonopolistischen Systems objektiv notwendig.

Das Monopolkapital setzt auch bei seiner Reform- und Integrationsstrategie nicht nur auf die SPD-Führung, sondern gleichzeitig auf die CDU/CSU, die nach wie vor die Hauptpartei des Monopolkapitals bleibt. Die Ursache dafür ist sicherlich nicht zuletzt auch in der Widersprüchlichkeit systemkonformer Reformpolitik der SPD-Führung zu suchen. Einerseits übt diese Politik in stärkerem Maße Integrationswirkungen auf große Teile der Arbeiter und Angestellten aus, als das die CDU/CSU vermöchte. Andererseits ist sie aber auch mit gewissen Risiken für das Großkapital verbunden. Infolge der sozialen Basis der SPD-Führung in der Arbeiterklasse ist sie auch in viel stärkerem Maße als die CDU/CSU den Möglichkeiten des Drucks der Arbeiter und Angestellten- und ihrer Gewerkschaften ausgesetzt, wenn dieser Druck in Aktionen und Bewegungen artikuliert wird. Die SPD-Führung kann sich schwerer als die CDU/CSU über solche Bewegungen hinwegsetzen, wenn sie nicht ihre soziale Basis und damit ihre Funktion für das Monopolkapital verlieren will.

9 8. Tagung des Parteivorstandes der DKP, UZ-Extra, S. 29.

Hinzu kommt, dass Versprechungen sozialer Reformen in den Massen nicht nur Erwartungen und Hoffnungen wecken, sondern auch zum Bewusstsein von der Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen führen. Aus allem ist die wachsende Sorge zu erklären, die ein Teil des Großkapitals mit der sozialdemokratischen Reformpolitik verbindet.

Die Antwort der sozialdemokratisch geführten Regierung auf diese Sorgen des Großkapitals sind verschärfter Antikommunismus und immer unverhülltere Bekenntnisse zum staatsmonopolistischen System. So heißt es im Beschluss »Sozialdemokratie und Kommunismus«: »Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert ... Die Sozialdemokratie bekennt sich erneut zu der Aufgabe, diese Ordnung kompromisslos gegen alle kommunistischen Irrlehren zu verteidigen.«¹⁰

Die Verschleierungsfunktion von Reformversprechungen

Wenn das Großkapital und die seine Interessen vertretenden politischen Parteien von Reformen sprechen, so ist das einerseits ein Ausdruck für die mit den objektiven gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen zusammenhängende Vertiefung der Widersprüche des staatsmonopolistischen Systems, ein Zeichen für das Bedürfnis dieses Systems nach Effektivität und Stabilisierung. Andererseits hat das Gerede von »zukunftsweisenden Reformen« – wie dies auf der 8. Tagung des Parteivorstands der DKP nachgewiesen wurde – »aber auch die Funktion, die tatsächlich in der Bundesrepublik vor sich gehenden Entwicklungen zu verschleiern.«¹¹

Hinter dem Gerede von einer Fusionskontrolle und einer »Reform zur gerechteren Vermögensverteilung« vollzieht sich in einem bisher nicht da gewesenen Tempo der Prozess der weiteren Reichtums- und Machtkonzentration in immer weniger Händen. So wurden allein von Januar bis September 1970 in der Bundesrepublik 1.172 Kapitalgesellschaften mit 3,8 Milliarden D-Mark Grundkapital »umgewandelt« oder fusioniert. Im gleichen Zeitraum 1969 waren es nur 188 Gesellschaften mit 0,6 Milliarden D-Mark Grundkapital. Dabei sind es immer mehr die ganz Großen, die nicht nur die Kleinen schlucken, sondern auch untereinander im Interesse der Mehrung ihrer Macht und der Maximierung ihrer Profite Ehen eingehen. »Ein neues Merkmal der Konzentration besteht

10 SPD-Pressemitteilungen, Nr. 75/71, vom 26.2.1971.

11 8. Tagung des Parteivorstandes der DKP, a.a.O., S. 25, 26.

darin, dass der Staat vom Förderer zum direkten Organisator großkapitalistischer Zusammenschlüsse geworden ist.«¹²

Unter der harmlosen Bezeichnung »Reform der Bundeswehr« wird die Macht der alten Hitler-Generäle in der Bundeswehrführung gestärkt, werden sie praktisch der politischen Kontrolle entzogen, wurde ein militärischer Führungsstab installiert, der dem Generalstab entspricht. »Mit der Ernennung des ehemaligen Wehrwirtschaftsführers und Thyssen-Managers Mommsen zum Staatssekretär für Rüstungswirtschaft und der Einrichtung eines Arbeitskreises für Rüstungsbeschaffung, dem die Vertreter der wichtigsten Rüstungskonzerne angehören, mit sogenannten Wehrübungen der Konzernbosse in Offiziersdienstgraden und ›Praktika‹ der Bundeswehrspitzen in den Rüstungskonzernen wird der militärisch-industrielle Komplex weiter ausgebaut. Die Herausbildung des militärisch-industriellen Komplexes stellt eine höhere Stufe in der Militarisierung und Aggressivität des westdeutschen Imperialismus dar und bringt ernste Gefahren für den Frieden in Europa mit sich.«¹³

Da ist von einer Reform der Demokratie die Rede, mit der mehr Demokratie gewagt werden solle. Hinter diesem Schleier vollzieht sich jedoch die zunehmende Formierung der ultrareaktionären und offen revanchistischen Kräfte, wird der Machtapparat des staatsmonopolistischen Kapitalismus weiter ausgebaut und gegen Kommunisten und andere demokratische Kräfte eingesetzt. Dafür wird die Notstandsverfassung bereitgehalten und soll durch den Erlass von Ausführungsbestimmungen perfektioniert werden. Das »Notparlament« wurde als ein spezielles Notstandsorgan eingerichtet und im Bundeskanzleramt ein »Krisenstab« gebildet. Der gesamte Polizeiapparat soll zentralisiert werden. Durch erneute Grundgesetzänderungen sollen die Konzentration der staatlichen Macht vorangetrieben und die Verfassung weiter ausgehöhlt werden. Am KPD-Verbot wird als an einem Druckmittel gegen alle demokratischen und sozialistischen Kräfte, insbesondere gegen die DKP, festgehalten.¹⁴

Trotz des Wustes von Versprechungen über Maßnahmen zur Eindämmung des Miet- und Preiswuchers, zur Reform des Bodenrechts und einer sozialen Steuerreform steigen die Mieten und Preise immer höher, wuchert die Bodenspekulation ins Unermessliche, wird die Steuerungerechtigkeit immer schreien-der. So ist das Lohnsteueraufkommen 1970 mit 30 Prozent doppelt so schnell gewachsen wie der Lohn- und Gehaltszuwachs. Das Aufkommen aus der Einkommensteuer hat sich dagegen um rund sechs Prozent und das aus der Körperschaftsteuer um 20 Prozent vermindert.

12 DKP kontra Großkapital ..., S. 8.

13 Ebenda, S. 36.

14 Ebenda, S. 10.

Die Reform des Bildungswesens, von der Willy Brandt im Bundestag erklärte, dass sie »an der Spitze der Reformen, die es bei uns durchzuführen gilt«, stehe, sitzt auf der Wartebank. Selbst die notwendigsten materiellen Verbesserungen werden nicht vorgenommen. »Während für den Bau von Schulen und Hochschulen, von Krankenhäusern und Altersheimen, von Sozialwohnungen und Straßen angeblich die notwendigen Mittel fehlen, wird im Profitinteresse des Rüstungskapitals ein großer Teil des Nationaleinkommens für immer neue Waffensysteme und für Kriegsforschung vergeudet.«¹⁵

Bilanz der Reformpolitik der Regierung Brandt-Scheel

Eine Bilanz der Reformpolitik der Regierung Brandt-Scheel lässt sich in vier wesentlichen Punkten zusammenfassen.

1. Bei allen bisher von der Regierung eingeleiteten bzw. durchgeführten Maßnahmen wurde den von den Monopolen unterbreiteten Vorstellungen fast durchweg entsprochen. Besonders deutlich wurde das bei der Behandlung eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes. Der vorliegende Entwurf bleibt nicht nur weit hinter den gewerkschaftlichen Forderungen zurück, er zielt auf eine Betriebsverfassung, die die Arbeiter und Angestellten noch stärker an das System bindet. Er geht in wichtigen Punkten sogar hinter die Bestimmungen des reaktionären BVG von 1952 zurück.
2. In Kraft gesetzt wurden bisher vorwiegend solche Maßnahmen, die im Wesentlichen nur eine Fortschreibung der bisherigen Gesetzgebung darstellen. Hierzu gehören besonders Einzelvorhaben der Sozialpolitik. Diese Maßnahmen bringen für größere Teile der Bevölkerung gewisse materielle und soziale Begünstigungen. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass durch andere Maßnahmen der Regierung, wie z.B. die Erhöhung der Lohnsteuer um zehn Prozent, sowie durch den Preis- und Mietauftrieb der letzten Jahre der gesamten Bevölkerung neue Belastungen aufgebürdet werden.
3. In Kraft gesetzt bzw. weitgehend vorangetrieben wurden weiterhin solche langfristig angelegten Maßnahmen, deren Verwirklichung keine außergewöhnlich hohen finanziellen Aufwendungen erfordert. Nur zögernd voran kommen dagegen jene Vorhaben, deren Durchführung größere finanzielle Mittel erfordert bzw. die eine stärkere gesellschaftspolitische Brisanz enthalten, wie zum Beispiel die Bildungsreform, der Umweltschutz, der Ausbau des Verkehrswesens, das Krankenhausfinanzierungs-Programm, die Steuerreform, die Novellierung des Kartellrechts und andere.

15 Ebenda, S. 7.

4. Die SPD/FDP-Regierung hat von den ursprünglich versprochenen Reformen immer mehr Abstriche gemacht. Das wird deutlich bei dem im März 1971 als Antwort auf eine große Anfrage der CDU/CSU veröffentlichten sogenannten Arbeitsprogramm innerer Reformen. Zu diesem Arbeitsprogramm schrieb das großbürgerliche »Handelsblatt« am 15. März 1971: »Bei einer Durchsicht zeigt sich, dass die Anwendung des Begriffs Reform unangebracht ist. Meist handelt es sich um normale Gesetzesvorhaben, wie sie jede Regierung zusammenstellt, ohne gleich den Anspruch zu erheben, jetzt eine Ära der Reformen einleiten zu wollen ... Bemerkenswert ist dabei ein deutliches Bekenntnis zur Marktwirtschaft ... Konstitutives Element der Marktwirtschaft sei der Wettbewerb, der ... geschützt und gefördert werden müsse ... Ein weiteres konstitutives Element ist das Privateigentum ... Zweifellos hätte das die CDU auch nicht anders ausgedrückt. Das Arbeitsprogramm macht deutlich, dass eine weitgehende Kürzung der ursprünglichen Vorhaben auf unmittelbar der Effektivsteigerung des Systems dienende Maßnahmen (sogenannte »Kernreform«) erfolgt.«

Die wichtigsten Ursachen dafür, dass das innenpolitische Programm der Regierung weder in versprochenem Umfang noch im ursprünglich vorgesehenen Tempo realisiert wird, liegen darin, dass auch die von der SPD geführte Bundesregierung im Wesentlichen nur solche Reformen durchführen will, die der Festigung des staatsmonopolistischen Systems dienen, dass auch sie nicht bereit ist, die erforderlichen finanziellen Mittel durch eine Senkung der Rüstungsausgaben und eine stärkere Besteuerung der Profite und Vermögen des Großkapitals aufzubringen, sondern vielmehr nach Wegen sucht, die Arbeiter und Angestellten noch stärker zu belasten. Zwei Jahre Brandt-Scheel-Regierung bestätigen so aufs Neue, wer den Konzernen nichts nimmt, kann den Arbeitern nichts geben. »Die wichtigste Lehre aus dieser Entwicklung ist, dass auch dann, wenn die Regierung von einer sozialdemokratischen Partei geführt wird, die arbeitenden Menschen nur durch den Kampf gegen das Monopolkapital und seinen Staat ihre Interessen durchsetzen können. Die DKP sieht eine wichtige Aufgabe darin, dies vor allem der Arbeiterschaft und der Jugend bewusst zu machen, damit die Enttäuschung über die Regierungspolitik nicht von den Rechtskräften ausgenutzt werden kann, sondern zum verstärkten Kampf der arbeitenden Bevölkerung für ihre sozialen und politischen Forderungen führt.«¹⁶

Der Kampf der DKP um antimonopolistische Reformen und für den Sozialismus

Der Reform- und Integrationspolitik des Monopolkapitals und seiner politischen Vertretungen, die auf die Stabilisierung des staatsmonopolistischen Systems gerichtet ist, setzt die DKP den Kampf um antimonopolistische Reformen entgegen. Der DKP geht es um solche Reformen, die die Lage des arbeitenden Volkes verbessern, die die Macht des Großkapitals zurückdrängen, mit denen sich die Arbeiterklasse Einfluss erringt, um so bessere Voraussetzungen für den Kampf um den Sozialismus zu schaffen, der letztlich allein die anstehenden gesellschaftlichen Grundprobleme im Interesse der arbeitenden Menschen lösen kann.

Die DKP lässt sich in ihrem Kampf um antimonopolistische Reformen von Lenin leiten, der betonte, dass Reformen im Kampf um das sozialistische Endziel eine wichtige Funktion erfüllen können, als »Stützpunkte der auf dem Wege zur vollen Emanzipierung des Proletariats voranschreitenden Arbeiterbewegung«,¹⁷ dass die Marxisten »jedwede Reform« nutzen, »um das revolutionäre Bewusstsein der Massen und den revolutionären Kampf der Massen zu entwickeln«.¹⁸

Gleichzeitig verlieren wir sowohl im tagtäglichen Kampf um Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen, im Ringen um die Sicherung des Friedens und um die Verteidigung der demokratischen Rechte ebenso wie im Kampf um Mitbestimmung und andere antimonopolistische Reformen niemals unser sozialistisches Endziel aus dem Auge. Wir beachten stets den Hinweis Lenins, dass »wie der Teil dem Ganzen ... der Kampf für Reformen dem revolutionären Kampf für Freiheit und Sozialismus« untergeordnet werden muss.¹⁹ Im Entwurf der Thesen zum Düsseldorfer Parteitag der DKP wird darum nachdrücklich unterstrichen: »Die DKP ordnet den Kampf um diese demokratischen Reformen dem Kampf um eine antimonopolistische Umwälzung und dem Sozialismus unter. Sie entwickelt keine Reformstrategie, sondern eine Gesamtstrategie des Kampfes um den Sozialismus.«²⁰

Gleichzeitig übersieht die DKP in ihrem Kampf um antimonopolistische Reformen auch nicht, dass »jede Reform in der kapitalistischen Gesellschaft ... einen doppelten Charakter« hat. Sie kann sowohl zur Festigung des kapitalistischen Ausbeutersystems, zur Unterordnung der Arbeiterklasse unter dieses Sys-

17 Lenin, Werke, Bd. 15, Berlin 1963, S. 444.

18 Ebenda, Bd. 20, Berlin 1965, S. 511.

19 Ebenda, Bd. 5, Berlin 1966, S. 418, 419.

20 DKP kontra Großkapital ..., S. 17, 18.

tems als auch zur Verbesserung der Kampfpositionen der Arbeiterklasse im Ringen um die Überwindung der Ausbeuterordnung genutzt werden.²¹

Dieser Hinweis ist unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus von besonderer Wichtigkeit. »Der Imperialismus kann heute nur noch weiter existieren, wenn er sich fortgesetzt und immer rascher den vorwärtstreibenden Veränderungen der Produktivkräfte und des internationalen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses anpasst. Dieser Zwang treibt ihn zu Reformen, die sein überlebtes System funktionstüchtig halten sollen. Sie können das aber nur, wenn sie nicht willkürlich sind, sondern wenn sie in bestimmtem Umfang dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte Rechnung tragen. Damit aber werden sie bis zu einem gewissen Grad zwiespältig. Sie festigen nicht nur die Macht der Monopole, sondern vermehren zugleich deren innere Labilität.«²²

Die staatsmonopolistischen Reformen bieten damit in einem gewissen Maße Ansatzpunkte für den Kampf um demokratische Alternativen. Sie können unter bestimmten Umständen in antimonopolistische Richtung umfunktioniert werden. Dieselbe Zwiespältigkeit erhöht jedoch ihrerseits die Fähigkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus, demokratische Reformen leichter in systemstabilisierende Reformen umzuwandeln. Welche der beiden Seiten dabei stärker zum Tragen kommt und sich stärker durchsetzen wird, das hängt vor allem vom Bewusstsein und vom Kampf der Arbeiterklasse ab, davon, ob es gelingt, »die Massen in den selbstständigen ökonomischen und politischen Massenkampf einzubeziehen, der allein den Arbeitern wirkliche Errungenschaften zu geben ... vermag.«²³ Entscheidende Faktoren sind nicht zuletzt auch die Stärke und der Masseneinfluss der revolutionären Partei der Arbeiterklasse.

Antimonopolistische Reformen sind von großer Bedeutung für die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht des Monopolkapitals, für eine wesentliche Verbesserung der gesellschaftlichen Lage des arbeitenden Volkes. Sie haben darum einen wichtigen eigenen Stellenwert. Gleichzeitig wird im Kampf um solche Reformen der Kampfboden für das weitere Ringen um den Sozialismus geschaffen. »Nur durch die praktische Durchsetzung demokratischer Reformen und die Ausübung der dadurch gewonnenen Rechte kann die Arbeiterklasse die Überzeugung von der Veränderbarkeit, der Überwindbarkeit der kapitalistischen Gesellschaft, Vertrauen in die eigene Kraft, Organisiertheit, Klassenbewusstsein und die notwendigen Erfahrungen und Kenntnisse zur Umgestaltung der Gesellschaft erlangen.«²⁴ »Die demo-

21 Lenin, Werke, Bd. 12, Berlin 1959, S. 230 und Bd. 6, Berlin 1963, S. 353.

22 Der Imperialismus in der BRD, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main 1971, S. 619, 620.

23 Lenin, Werke, Bd. 15, S. 444.

24 Der Imperialismus in der BRD, a.a.O., S. 622.

kratischen Umgestaltungen«, so heißt es im Hauptdokument der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969, »die im Kampf gegen die Monopole, gegen deren wirtschaftliche Hegemonie und politische Macht errungen werden, werden dazu beitragen, dass sich immer breitere Massen der Notwendigkeit des Sozialismus bewusst werden.«²⁵

Der Kampf um antimonopolistische Reformen ist also eine wichtige Aufgabe bei der Heranführung der Arbeiterklasse an die Notwendigkeit des Kampfes um den Sozialismus. Die Verwirklichung des Sozialismus ist jedoch mehr als eine Reform oder eine Summe von Reformen. Sie ist eine grundlegende gesellschaftliche Umwälzung. »Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Volksschichten voraus. Der Sozialismus gründet sich wirtschaftlich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln, auf die planvolle und rationelle Nutzung und Mehrung aller gesellschaftlichen Quellen und Mittel zum Wohle des ganzen Volkes.«²⁶

Dieser Zusammenhang macht auch die Unhaltbarkeit des Terminus »systemüberwindende Reformen« deutlich, der besonders bei den Jungsozialisten gebräuchlich ist. »Das System kann nicht durch Reformen allein, auch nicht durch tiefgehende antimonopolistische Reformen allein überwunden werden. Dazu ist die grundlegende sozialistische Umwälzung notwendig. Gerade die Überwindung des Systems unterscheidet diese grundlegende sozialistische Umwälzung von Reformen.«²⁷

Dieses von den Grundpositionen der Theorie von Marx, Engels und Lenin bestimmte dialektische Herangehen an das Verhältnis von Reform und revolutionärer Umwälzung unterscheidet die Politik der DKP nicht nur prinzipiell von der auf die Erhaltung und Festigung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems gerichteten Reformstrategie des Monopolkapitals und seiner Partei. Die DKP grenzt sich dadurch ebenso von reformistischen Auffassungen ab, dass die Lage der arbeitenden Menschen im Rahmen des Kapitalismus grundlegend verbessert oder dass der Sozialismus durch eine Summe von Reformen erreicht werden könne, wie von den ultra linken Pseudorevolutionären, die nicht begreifen, dass der Kampf um Reformen sowohl notwendig ist zur Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes als auch zur Heranführung der Arbeiterklasse an revolutionäre Positionen. Sowohl die Reformisten als auch die ultralinken Pseudorevolutionäre sind Hemmschuhe der Arbeiterbewegung im Kampf um ihr sozialistisches Ziel, die einen, weil sie die Schwelle des Systems nicht über-

25 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969, Dokumente, S. 31.

26 DKP kontra Großkapital ..., S. 15.

27 8. Tagung des Parteivorstandes der DKP, a.a.O., S. 27, 28.

schreiten wollen, die anderen, weil sie durch ihre weltfremde Revolutionsspielerei das Heranführen der Arbeitermassen an die Aufgabe der revolutionären Umwälzung der Gesellschaft behindern. »Die DKP ist die einzige politische Partei in der Bundesrepublik, die das Eintreten für die täglichen Interessen der Arbeiterklasse mit dem Ringen um grundlegende, antimonopolistische Umgestaltungen, mit dem Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse, mit dem sozialistischen Ziel verbindet.«²⁸

Marxistische Blätter 5_1971